

## Vom Europa-Gedanken zur Europäischen Integration. Visionen und Realpolitik in den Niederlanden und in der Bundesrepublik Deutschland

Bei der Betrachtung des Europagedankens nach 1945 kommt man nicht umhin, den Kalten Krieg in die Analyse mit einzubeziehen. Es handelt sich um zwei Phänomene, die nicht losgelöst voneinander betrachtet werden können. Beschränkt man sich auf den Prozeß der europäischen Integration, so könnte man gar sagen, es seien zwei Seiten derselben Medaille. Die Europaidee lebte aber auch schon in der Zwischenkriegszeit in den Köpfen vieler Intellektueller und politisch denkender Menschen; erinnert sei nur an die Paneuropäische Bewegung unter der Führung Coudenhove-Kalergis, doch erlebte sie nach dem Zweiten Weltkrieg eine besondere Hochkonjunktur. Ab Ende 1945 und besonders im Jahre 1946 bildeten sich wie überall in Europa auch in allen Teilen Deutschlands zahlreiche Europabewegungen wie die Europäische Volksbewegung, die Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa, die deutsche Sektion der Paneuropa-Union, um nur einige zu nennen. Die politischen Auffassungen all dieser Bewegungen waren zwar sehr unterschiedlich, so daß es ihnen nicht gelang, zu einem Zusammenschluß zu kommen, dennoch weisen ihre ersten Thesen und Programme eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf. Sie waren geprägt von einer Betonung ihres überparteilichen Charakters und widersetzten sich gegen jegliche Art der Blockbildung. Die politischen Ziele, die sie verfolgten, waren äußerst idealistisch, aber gleichfalls Ausdruck der „ideologischen Verschwommenheit“<sup>1</sup> dieser ersten Europagruppen. Die Erklärung der Paneuropa-Union Hamburg vom Januar 1947 sei als Beispiel zitiert:

„Wir streben Gleichheit aller europäischen Nationen, Gleichheit aller europäischen Staatsbürger vor einem neu zu schaffenden einheitlichen europäischen Recht, persönliche Freiheit und Unverletzbarkeit der Wohnung und des Eigentums eines jeden, Freiheit der religiösen Bekenntnisse und Weltanschauungen, Freiheit in Wort und Schrift und der politischen Anschauung (...) [an]. Wir fordern die Beseitigung aller europäischen Zollschränken zwecks Schaffung eines einheitlichen europäischen Wirtschaftskörpers. (...) Wir erstreben für Europa Staatenbünde, Friedenspolitik und Sozialfreiheit sowie eine einheitliche Währung (...).“<sup>2</sup>

Bei diesem Statement, das – um gängiges Vokabular zu benutzen – nichts anderes als einen europäischen Binnenmarkt und eine Wirtschafts- und Währungsunion fordert, handelt es sich nicht um eine Resolution des Europäischen Parlaments oder des Ministerrats der EU aus den 80er oder 90er Jahren, sondern es ist

---

<sup>1</sup> W. CORNIDES, *Die Anfänge des europäischen föderalistischen Gedankens in Deutschland 1945–1949*, in: *Europa Archiv* 6 (1951) 16/17, S. 4244.

<sup>2</sup> Ebd.

ein Zitat aus dem Jahre 1947. Die Aktualität, die diese Forderungen auch heute noch besitzen, macht deutlich, wie idealistisch und progressiv jene Europäer bereits gedacht haben.

Auf internationaler Ebene war es die Schweizer Europa-Union, die sich der Aufgabe annahm, die verschiedenen föderalistischen Europabewegungen, die sich in den europäischen Ländern entwickelt hatten, zusammenzuführen. Zu diesem Zweck lud sie im September 1946 Vertreter aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, den Niederlanden, Italien, Liechtenstein, Österreich, Polen, Spanien, Ungarn und den USA zur Konferenz von Hertenstein an den Vierwaldstätter See. Auf dieser Konferenz gelang es den Europabewegungen, ein gemeinsames *Hertensteiner Aktionsprogramm* zu verabschieden, das eine europäische Gemeinschaft auf föderativer Grundlage als notwendigen und wesentlichen Bestandteil einer Weltunion betrachtete. Sie sollte demokratisch aufgebaut sein, und die Mitgliedsstaaten sollten Souveränitätsrechte auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet an die Föderation abgeben. Hier lag also bereits 1946 ein Plan für eine supranationale Europäische Politische Union vor, wie sie bis heute nicht zustande gekommen ist. Darüber hinaus zielte dieser Entwurf auf eine gesamteuropäische Union ab, denn die Gemeinschaft müsse, so das Programm, allen europäischen Staaten offenstehen. Von einer Regionalisierung des europäischen Gedankens kann in diesen Europabewegungen – und das gilt für die niederländischen und deutschen ebenfalls – nicht die Rede sein. Deren Gedankengänge schließen viel eher an die Konzeption des ‚Dritten Weges‘ an. Die europäischen Föderalisten strebten ein blockfreies Europa an. Vorsitzender der in Hertenstein gegründeten ‚Aktion Europa-Union‘ wurde der niederländische Sozialist Hendrik Brugmans. Diese Union fusionierte kurz darauf im Dezember 1946 mit den Gruppen der europäischen Weltföderalisten zur ‚Union Européenne des Fédéralistes‘ (UEF), was aber keine wesentlichen Einflüsse auf das Programm hatte.

Die Organisationen europäischer Föderalisten waren in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Träger des europäischen Gedankens. Eine gewisse Funktion integrationspolitischer Avantgarde ist ihnen in diesem Zusammenhang nicht abzuspüren, zumal ein Teil ihrer führenden Mitglieder auch in ihren Heimatländern einflußreiche politische Ämter innehatte, wie z.B. Paul Ramadier, Robert Schuman, Alcide de Gaspari, Paul van Zeeland und der bereits erwähnte Brugmans, um nur einige zu nennen. In dem Maße, in dem diese avantgardistischen Europaideen aber in die offizielle Politik der Nationalstaaten einfließen, verloren sie ihren idealistischen Charakter; waren sie doch nun konkreten nationalen und zwischenstaatlichen Interessen ausgesetzt.<sup>3</sup> Jüngste politikwissenschaftliche Forschungen über die Anfangsjahre der europäischen Einigung haben offengelegt, daß die westeuropäischen Staaten in ihrer praktischen Politik die europäische Integration nicht als Ziel

---

<sup>3</sup> C. GASTEYGER, *Europa zwischen Spaltung und Einigung 1945–1990. Eine Darstellung und Dokumentation über das Europa der Nachkriegszeit*, Bonn 1991, S. 29f.

an sich, sondern viel eher als Mittel zur Durchsetzung nationaler Interessen betrachteten.<sup>4</sup> Hält man sich vor Augen, welche politischen Faktoren dafür verantwortlich waren, daß der europäische Gedanke auch in die Köpfe nationaler Regierungspolitiker Einzug hielt, so ist es nicht verwunderlich, daß von den hehren Zielen der europäischen Föderalisten nicht viel übrig blieb. Die wachsende Angst vor der Sowjetunion im Bewußtsein der Westeuropäer sowie der unbedingte Wille, ein erneutes Wiedererstarken Deutschlands zu verhindern, zählten zu diesen Faktoren. Darüber hinaus hatte der verheerende Krieg zu einem politischen wie wirtschaftlichen Absinken der europäischen Mächte geführt, die aufgrund dessen auch noch in die Abhängigkeit der Amerikaner geraten waren. Der Marshallplan hatte dies unmißverständlich deutlich gemacht.<sup>5</sup>

Einen Ausweg aus diesen Dilemmata – diese Einsicht setzte sich mehr und mehr durch – schien nur durch eine europäische Einigung möglich. Angesichts dieser Motive ist es nicht verwunderlich, daß diejenigen, die die Politik gestalteten, angesichts des fortschreitenden Kalten Krieges aus sicherheitspolitischen Erwägungen sowie aus wirtschaftspolitischen Gründen sehr bald eine Regionalisierung des Europagedankens anstrebten. Sowohl Deutschland als auch die Niederlande können hierfür als Beispiel herangezogen werden.

Die außenpolitische Situation Deutschlands in der unmittelbaren Nachkriegszeit war äußerst schwierig. Angesichts des Besatzungsstatuts waren den Deutschen im Grunde genommen außenpolitisch die Hände gebunden. Dennoch ist es Konrad Adenauer gelungen, bereits vor Gründung der Bundesrepublik den Kontakt zu den alliierten Hochkommissaren der westlichen Zonen aufzunehmen und außenpolitischen Handlungsspielraum abzustecken. Adenauer vertrat dabei ganz spezifische europapolitische Visionen, die auch seine spätere Politik als Bundeskanzler bestimmten. Bereits im März 1946 – vor Churchills Züricher Rede – spricht er von den „Vereinigten Staaten von Europa unter Einschluß Deutschlands“ als die „beste, sicherste und dauerhafteste Sicherung der westlichen Nachbarn Deutschlands“.<sup>6</sup> Hier werden bereits die beiden wesentlichen Charakteristika der Adenauerschen Europapolitik deutlich: die Einbeziehung Deutschlands und die Beschränkung auf Westeuropa. Adenauer spricht bewußt nur von den westeuropäischen Nachbarn

---

<sup>4</sup> A.G. HARRYVAN, *De historiografie van de Europese integratie 1945–1985*, in: W.A.F. CAMPHUIS/C.G.J. WILDEBOER SCHUT (Hrsg.), *Europese eenwording in historisch perspectief. Factoren van integratie en desintegratie*, Zaltbommel/Nimwegen 1991, S. 38.

<sup>5</sup> J. ROVAN, *Die Idee Europas und ihre Chancen heute*, in: H. SCHMIEDINGER (Hrsg.), *Die eine Welt und Europa*, Graz/Wien/Köln 1995, S. 63.

<sup>6</sup> K. ADENAUER, *Rede als Vorsitzender der CDU für die britische Zone in der Aula der Kölner Universität am 24.3.1946*, in: W. WEIDENFELD, *Konrad Adenauer und Europa. Die geistigen Grundlagen der westeuropäischen Integrationspolitik des ersten Bonner Bundeskanzlers (Europäische Studien des Instituts für Europäische Politik, Bd. 7)*, Bonn 1976, S. 298.

Deutschlands. Bereits im Oktober 1945 hatte er die Trennung zwischen Ost und West deutlich erkannt und sich klar gemacht, daß sowjetische Truppen bis zur Elbe standen. Die realpolitische Konsequenz daraus konnte für ihn nur darin liegen, daß Westdeutschland durch ökonomische Verflechtung mit Westeuropa gesunden müsse. Wirtschaftliche Kooperation betrachtete er gleichsam als Friedensgarantie, denn – so Adenauer – „parallel laufende, gleichgeschaltete wirtschaftliche Interessen [sind] das gesündeste und dauerhafteste Fundament für gute politische Beziehungen zwischen den Völkern.“<sup>7</sup> Hier ist bei Adenauer bereits 1946 ein – eher niederlande-typischer – europapolitischer Ansatz festzustellen, der wirtschaftlicher Integration Priorität vor politischer Integration beimaß. Während dieser Ansatz in der niederländischen Politik – insbesondere seit Beyen – aufgrund von ökonomischen Interessen sehr dominant war, geriet er beim späteren Kanzler Adenauer jedoch in den Hintergrund, da es ihm in erster Linie stets um die Ausweitung und Zurückgewinnung nationaler Souveränität ging.

Der sozialdemokratische Gegenspieler Adenauers, Kurt Schumacher, vertrat allerdings einen grundsätzlich anderen Ansatz. Er betrachtete eine Einigung Europas ausschließlich im Zusammenhang mit einem vereinten Deutschland. Ein Weststaat Deutschland wie auch eine westeuropäische Integration konnten für ihn nur Provisorium sein. Vorrangiges Ziel mußte die Wiederherstellung der staatlichen deutschen Einheit sein.

So ist auch in den Politischen Leitsätzen der SPD vom Mai 1946 von den „Vereinigten Staaten von Europa“ im Sinne eines Gesamteuropas die Rede. Zugleich fordert das Programm, „Deutschland als Einheit zu erhalten.“ Eine auf Westeuropa begrenzte Integration, wie sie von Konrad Adenauer zur selben Zeit bereits angedacht wurde, stand für die Sozialdemokraten überhaupt nicht zur Debatte.<sup>8</sup> Selbst im Godesberger Programm (1959), als die Bundesrepublik bereits über eigene Streitkräfte verfügte und schon seit fünf Jahren NATO-Mitglied war, stellte die SPD noch die Westbindung in Frage. In dem Programm heißt es: „Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und der kontrollierten Begrenzung der Rüstung, die im Zuge der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit von fremden Truppen geräumt wird (...).“<sup>9</sup>

Aufgrund dieses Strebens nach deutscher Einheit als höchste Priorität der oppositionellen Sozialdemokraten konnte sich die Regionalisierung des Friedensgedankens auf eine westeuropäische Union in der SPD nicht bedingungslos etablieren. Erst als die SPD ab 1966 Regierungsverantwortung mitübernahm, revidierte

---

<sup>7</sup> Ebd., S. 297.

<sup>8</sup> *Politische Leitsätze der SPD vom Mai 1946*, in: R. KUNZ/H. MAIER/TH. STAMMEN (Hrsg.), *Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik*, München 1975, S. 72.

<sup>9</sup> *Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Godesberger Programm)*, in: ebd., S. 80.

sie ihren europa- und vetreidigungspolitischen Ansatz. Ein weiteres Beispiel, daß Regierungspolitiker weniger idealistischen Visionen folgen, sondern eher den realpolitischen Gegebenheiten Rechnung tragen.

Die wichtigste und alles beherrschende Option der Europapolitik der Liberalen in Deutschland war ebenfalls der Wunsch nach Erlangung der Wiedervereinigung Deutschlands. Die FDP schloß sich allerdings der Politik Adenauers an, da man meinte, auf dem Wege der Westintegration ein starkes Westeuropa schaffen zu können, das in der Lage wäre, die Wiedervereinigung herbeizuführen. Anfang der fünfziger Jahre, spätestens aber mit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954 wurde deutlich, daß diese Theorie nicht aufgehen würde. Daraufhin forderten die Liberalen eine eigenständige Ostpolitik, die eine Abkehr vom Primat der Westintegration beinhaltet.<sup>10</sup>

In Deutschland ist also festzustellen, daß dort, wo die realpolitischsten und pragmatischsten Ansätze vertreten waren, insbesondere bei Konrad Adenauer in der CDU, der Europagedanke nicht nur seine ideellen Züge in starkem Maße einbüßte, sondern obendrein gar eine Regionalisierung über sich ergehen lassen mußte. Dieser Pragmatismus angesichts der europäischen Einigung faßte – wie nicht anders zu erwarten – auch in der niederländischen Politik Fuß, wengleich es bis 1948 dauern sollte, daß Den Haag endgültig und bedingungslos den Weg des Neutralismus verließ und zu einer konsequenten Bündnispolitik überging.

Bis zum Zweiten Weltkrieg war Friedenssicherung in Den Haag unwiderruflich mit Neutralität verknüpft. Diese Politik, die sich bis dahin – auch während des Ersten Weltkriegs – bewährt hatte, scheiterte allerdings endgültig am 10. Mai 1940, als deutsche Truppen in die Niederlande einmarschierten. So verwundert es nicht, daß sich Außenminister van Kleffens im Dezember 1943 über Radio Oranje mit einer neuen außenpolitischen Strategie an sein Volk wandte: „Die Hauptsache ist, daß die bittere Erfahrung und die erweiterte Einsicht es den USA bewußt machen, daß die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa auch für Amerika von lebenswichtiger Bedeutung ist. Amerika hat nun zum zweiten Mal gesehen, daß ein deutscher Überfall auf die Niederlande, Belgien und Frankreich im Grunde auch ein Überfall auf England ist, und es ist sich nun mehr als zuvor bewußt, daß ein Überfall auf Großbritannien seinerseits den Dolch an das Herz der Vereinigten Staaten setzt. Wenn dem so ist, dann braucht der Westen eine starke Formation, in der die USA und Kanada und das britische Commonwealth das Arsenal und Reservoir der Kraft sind, England die Basis (vor allem für die Luftstreitkräfte), und der Westen des Kontinents, die Niederlande, Belgien und Frankreich, der Brückenkopf. Auf diese Weise sind wir zwar auf die westlichen Mächte angewiesen, aber umgekehrt

---

<sup>10</sup> J. REEF, *Die Europapolitik der Liberalen in Deutschland und den Niederlanden – ein Vergleich*, in: J. BOSMANS (Hrsg.), *Europagedanke, Europabewegung und Europapolitik in den Niederlanden und Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg*, Münster 1994, S. 173.

brauchen diese auch uns. Es ist schwierig, sich eine stärkere Position für unser Land vorzustellen.“<sup>11</sup>

Hier wird vom niederländischen Außenminister sechs Jahre vor Gründung der NATO ein Modell eines transatlantischen Verteidigungsbündnisses entworfen. Diese atlantische Komponente sollte später zwar zur Konstante in der niederländischen Verteidigungspolitik werden, wurde aber unmittelbar nach dem Krieg zunächst in den Hintergrund gedrängt. 1946 fand eine Generaldebatte über Außenpolitik und Fragen der nationalen Verteidigung in Den Haag statt, in der es der Regierung gelang, die Richtung und die Prinzipien der neuen auswärtigen Politik festzulegen. Der Ansatz van Kleffens', der im neuen Kabinett nicht mehr vertreten war, wurde dabei nicht berücksichtigt. Stattdessen setzte die Regierung auf kollektive Sicherheit durch Unterstützung der neugegründeten UNO. Universelle Kooperation galt als vorrangiges Ziel der internationalen Politik.<sup>12</sup> Besonders der neue Außenminister van Boetzelaar war überzeugter Befürworter der kollektiven Friedenssicherung. Die neu gegründete UNO sollte, so die Vorstellung des Außenministers, den Weltfrieden garantieren.

Dennoch stieß die Charta der Vereinten Nationen auf große Kritik bei den Niederländern, da nach ihrer Auffassung die Rechte der Kleinstaaten entschieden zu wenig gewährleistet waren. Trotzdem arrangierte man sich, da die Alternative aus Haager Sicht eine internationale Anarchie gewesen wäre, die möglicherweise die schlimmsten Folgen für die kleinen Staaten mit sich gebracht hätte. In diesem Zusammenhang spielten die jüngsten Erfahrungen des Krieges sicher eine nicht unerhebliche Rolle.<sup>13</sup> Der Friedensgedanke war also in dieser Zeit, im Jahre 1946, noch keineswegs regionalisiert, im Gegenteil: Angesichts des von Universalismus gekennzeichneten sicherheitspolitischen Standpunktes stand die niederländische Regierung Regionalpakten äußerst skeptisch gegenüber, da sie eine Blockbildung zunächst unter allen Umständen vermeiden wollte. Eine ökonomische Zusammenarbeit auf regionaler, westeuropäischer Ebene wurde allerdings sehr begrüßt und unterstützt. So hatte man bereits 1943 während des Exils in London mit Belgien und Luxemburg ein Währungsabkommen unterzeichnet und darauf basierend 1944 die Benelux-Zollunion gegründet. „Die Orientierung auf die Vereinten Nationen und die wachsende Benelux-Kooperation, wirtschaftlich wie politisch, wurden von Van Boetzelaar erfolgreich als Erneuerung der Außenpolitik verkauft, wodurch die Idee einer weiteren, föderalistisch angehauchten Ordnung Europas vorläufig zurückge-

---

<sup>11</sup> Zitiert nach L. DE JONG, *Het Koninkrijk der Nederlanden in de Tweede Wereldoorlog*, Bd. 9a, 's-Gravenhage 1979.

<sup>12</sup> S.I.P. VAN CAMPEN, *The Quest of Security. Some Aspects of Netherlands Foreign Policy 1945–1950*, The Hague 1958, S. 30.

<sup>13</sup> Vgl. ebd., S. 22.

stellt wurde.“<sup>14</sup> Diese Regierungspolitik ist im Parlament auf Zustimmung gestoßen.<sup>15</sup>

Von der sozialdemokratischen PvdA wurde dieser Universalismus zur Friedenssicherung unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg vehement vertreten. In ihrem Grundsatzprogramm von 1947 ist zu lesen, daß „die Partei nach einer internationalen Gemeinschaft der Völker strebt, auch um den Weltfrieden zu sichern. (...) Diese muß die internationale Rechtsordnung verkörpern und innerhalb ihres allgemeinen Rahmens Raum für regionale Gruppierungen lassen. Es muß eine internationale Ordnung, eine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit angestrebt werden.“<sup>16</sup>

Die Partei vertrat also wie die Regierung bezüglich der Friedenssicherung einen universalistischen Ansatz und setzte auf die UNO, sprach sich aber dennoch innerhalb dieses Rahmens für eine europäische Integration aus. Nur ein vereinigtes Europa könne seine Unabhängigkeit sowohl von der Sowjetunion als auch von den Vereinigten Staaten wahren, so die These von Hendrik Brugmans. Dieser Gedanke des ‚Dritten Weges‘ war unter den Sozialdemokraten sehr populär. Der PvdA-Politiker Geert Ruygers bezichtigte die UdSSR und die USA der Machtpolitik und forderte die europäischen Sozialisten auf, den Weg zum Frieden zu weisen. Laut Van der Goes van Naters sollte Europa eine Brückenfunktion zwischen westlichem Kapitalismus und östlichem Kommunismus übernehmen. Im Zusammenhang mit dieser Diskussion um einen ‚Dritten Weg‘ erschien eine Reihe von Artikeln sozialdemokratischer Herkunft, in denen beide Systeme kontrovers beurteilt wurden. Was die USA betraf, so stießen die weitgehenden wirtschaftlichen Freiheiten auf Ab- und die großen persönlichen und geistigen Freiheiten auf Zustimmung. Bezüglich der Sowjetunion wurde hingegen die Unterdrückung des Individuums beklagt, die gelenkte Wirtschaft und die gleichmäßige Verteilung des Vermögens aber befürwortet. In der frühen Nachkriegsperiode, bis etwa Mitte 1947, war die Bewertung der Systeme noch relativ ausgeglichen, was sich dann aber angesichts der Entwicklung des Kalten Krieges schnell ändern sollte. Ab 1948 trat der Gedanke vom ‚Dritten Weg‘ immer mehr in den Hintergrund und verschwand schließlich vollends. Die sog. ‚Atlantiker‘ in der Partei, zu denen De Kadts und Barents zählten, setzten sich mit ihrer Sicherheitspolitik, die auf ein westeuropäisch-amerikanisches Verteidigungsbündnis abzielte, durch.

Die Reaktionen in der größten Regierungspartei, der KVP, auf van Boetzelaers ‚One-world-Politik‘ waren äußerst vage. Im *Urgentieprogram* der Partei war lediglich vermerkt, daß die Selbständigkeitspolitik der Vorkriegszeit aufgegeben wer-

---

<sup>14</sup> M.D. BOGAARTS, *De periode van het kabinet Beel 1946–1948*, Bd. A (*Parlementaire geschiedenis van Nederland na 1945*, Bd. 2), 's-Gravenhage 1989, S. 345.

<sup>15</sup> Ebd.

<sup>16</sup> I.I.S.G.: PVDA, *C1 Congres 1947 beginselprogram en conceptbeginselprogram. Feb.–juli 1947*.

den müsse und mit den für das Königreich und die Welt wichtigen Ländern zur Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung und des Friedens Beziehungen eingegangen werden müßten. Der Abgeordnete Serrarens konkretisierte diese Aussage am 4. Dezember 1946, indem er forderte, die Niederlande sollten sich am Aufbau einer internationalen Organisation beteiligen, ohne allerdings die Vereinten Nationen explizit zu nennen. Resümierend bleibt festzustellen, daß in der KVP weder Zustimmung noch Ablehnung zu van Boetelaers Politik deutlich zu erkennen war. Nur eines wird sehr wohl deutlich, nämlich daß das Vertrauen in die UNO nicht sehr groß war und unterschwellig bereits eine Hinwendung zu regionaler, europäischer Einigung zu bestehen schien.<sup>17</sup> Diese Affinität wurde um so größer, je mehr die auf religiöse Beweggründe basierende, tief verankerte Angst vor dem Kommunismus wuchs. Sehr bald wurde in der Partei die Auffassung vertreten, Westeuropa, das Zentrum des Strebens nach ‚Civitas Dei‘, dürfe nicht dem Kommunismus anheimfallen. Der Wahlkampf des Jahres 1948 stand bereits ganz im Zeichen des Widerstands gegen den Kommunismus. Auf Wahlplakaten verkündete die KVP, die sich selbst als „kräftigsten politischen Gegner des Kommunismus“ bezeichnete, daß sie nicht nur die Welt vom Kommunismus befreien wolle, sondern „daß sie den menschenunwürdigen Irrtum des Kommunismus bekämpfe, um die Kommunisten selbst davon zu befreien.“<sup>18</sup>

Der Abgeordnete der protestantisch-christlichen ARP, Bruins Slot, opponierte gegen die ‚One-world-policy‘ der Regierung der Jahre 1946/47 und plädierte für eine Beibehaltung der Selbstständigkeitspolitik, da die Niederlande nicht damit rechnen könnten, als gleichberechtigtes Mitglied in der UNO akzeptiert zu werden. Der Machtpolitik der großen Mächte hätten die kleinen nur ein Mittel entgegensetzen: Neutralität und Selbständigkeit. Ab 1948 festigte sich aber auch in der ARP mehr und mehr der Gedanke einer transatlantischen Sicherheitspolitik. Wie sehr man den Kommunismus fürchtete, machte die von Bruins Slot aufgestellte Antithese von Macht und Recht deutlich: Die Sowjetunion verkörpere Macht, Absolutismus, Totalitarismus und Imperialismus; dem müsse ein westeuropäischer Föderalismus gegenüber gestellt werden, der das Recht vertrete. Nur so könne sich Westeuropa des gottlosen Kommunismus erwehren. Der Zusammenhang zwischen dem Kalten Krieg, der die Angst vor dem Kommunismus schürte, und der Regionalisierung des Europagedankens zur Friedenssicherung wird hier sehr evident.

Unter den Liberalen in den Niederlanden wurde ab 1948 ebenfalls der atlantische Ansatz favorisiert. Das *Verkiezingsmanifest* der VVD von 1948 fordert die „bevorordering ener Europese eenheid“ und plädiert in dem Zusammenhang für eine atlantische Zusammenarbeit – und das nicht nur auf militärischem Gebiet.<sup>19</sup> Trotzdem bestand auch in der VVD ein gewisses Maß an Mißtrauen gegenüber den Vereinigten

---

<sup>17</sup> BOGAARTS, *De periode*, S. 352.

<sup>18</sup> Zitat eines Wahlplakates von 1948, nach J.A. BORNEWASSER, *Katholieke Volkspartij 1945–1980*, Bd 1: *Herkomst en groei (tot 1963)*, Nimwegen 1995, S. 200.

<sup>19</sup> *Verkiezingsmanifest van de VVD, 1948*. Kap. *Buitenlands beleid*.



Staaten, was vor allem auf deren Haltung in der Indonesienfrage zurückzuführen war. Aufgrund dieser Tendenzen wurden in der Partei Stimmen laut, die ein starkes Europa wollten, das in der Lage wäre, die Politik der Amerikaner zu beeinflussen. Parteiführer Oud warnte zum Beispiel 1951 vor amerikanischer Hegemonie und plädierte gar für ein gegenüber den USA und der Sowjetunion gleichwertiges, vereintes Europa.<sup>20</sup> Angesichts der kommunistischen Bedrohung und der Bedeutung der militärischen Garantie der USA für Europa konnte sich diese Strategie des ‚Dritten Weges‘, die ja wie bereits erwähnt auch unter den Sozialdemokraten in der Diskussion stand, bei den Liberalen allerdings nicht durchsetzen. Immer dann, wenn auch nur der Verdacht aufkam, die amerikanische militärische Garantie könne etwa durch allzu heftiges Unabhängigkeitsstreben der Europäer gefährdet werden, sputete man sich, Treue gegenüber der NATO zu bekunden und die atlantische Einheit ohne weiteres der europäischen vorzuziehen.<sup>21</sup> Die atlantische Orientierung schloß aber eine europäische Integration auf wirtschaftlichem Gebiet keinesfalls aus, wie der später von dem liberalen Außenminister Stikker vorgelegte und nach ihm benannte *Stikkerplan* deutlich machte.

Während sich eine Regionalisierung bzw. Europäisierung des Friedensgedankens unter den Regierenden und Parlamentariern bis Ende 1947 kaum durchsetzen konnte, hatte die illegale Untergrundpresse mit Blättern wie *Het Parool*, *Vrij Nederland* und *Je Maintendrai* die Idee eines föderalen Europas bereits während der Besatzungszeit aufgegriffen. Wie populär dieser Gedanke in Kreisen des Widerstands war, zeigte die Gründung der ‚Europeesche Actie‘ am 29. Januar 1945, einer Organisation, die sich zum Ziel setzte, die Vereinigten Staaten von Europa zu errichten. Diese Europagedanken waren zwar dem Kabinett und dem Parlament nicht unbekannt, doch erschien das Thema „Europa“ in den ‚Staaten Generaal‘ offiziell nicht auf der Tagesordnung. Zum einen folgte das Kabinett der ‚One-world-Konzeption‘ und hatte daher wenig Interesse daran, konkurrierende Ideen zu fördern. Zum anderen genossen die Friedensverträge mit Italien, den Achs-Satelliten und Finnland im Sommer 1946 sowie die Entwicklung der deutschen Frage höhere politische Priorität auf nationaler Ebene. Es ist also auch in der niederländischen Politik festzustellen, daß es die Europabewegungen sind, die idealistische Ziele eines vereinten Europas verfolgen, wohingegen die Politiker, die in der Regierungsverantwortung stehen, einen rein pragmatischen Ansatz verfolgen: Sie setzen in Sicherheitsfragen auf ein transatlantisches Bündnis und in ökonomischen Angelegenheiten auf westeuropäische Integration. Für diese Politik waren nationale Interessen und nicht europäische verantwortlich. Es ist bereits sehr früh nach dem Zweiten Weltkrieg, im Jahre 1946, eine deutliche außenpolitische Weichenstellung zu erkennen, die bis in die Gegenwart anhält: Sobald es um die Verteidigung geht, sucht man unter allen Umständen den atlantischen Rahmen; geht es um ökonomische Interessen, ist man

---

<sup>20</sup> *Vrijheid & Democratie* 24.3.1951.

<sup>21</sup> C.M. LEESTERHUIS, *Van wantrouwen tot geestdrift: de VVD en Europa*, in: *Internationale Spectator* 4 (1982), S. 234.

bedingungsloser Verfechter einer westeuropäischen Einigung. Die Frage der Einbindung Osteuropas in eine europäische Integration spielte in den Niederlanden verständlicherweise nicht eine solche Rolle wie im geteilten Deutschland.

Während die regionalisierte europäische Integration, die ja bis 1989/90 eine westeuropäische Integration war, für die Bundesrepublik insbesondere in den 50er und 60er Jahren auch eine Zementierung der deutschen Teilung bedeutete und daher auch Anlaß zu großen innenpolitischen Kontroversen gab, ging es in den Niederlanden um die Frage der Neutralität. Das Konzept der ‚One-world-policy‘, das eine europäische Blockbildung auf jeden Fall vermeiden wollte, kann ja durchaus als Fortsetzung der Neutralitätspolitik unter dem Dach der UNO interpretiert werden. Mit dem Beitritt zum Brüsseler Pakt 1948, aus dem schließlich 1949 die NATO hervorging, war diese Neutralitätspolitik Den Haags allerdings endgültig überwunden.